

## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

### Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 15/1424, 15/2145

### Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Tierkörperbeseitigungsgesetzes

#### § 1

#### Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Tierkörperbeseitigungsgesetzes

Das Gesetz zur Ausführung des Tierkörperbeseitigungsgesetzes – AGTierKBG – (BayRS 7831-4-UG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 1998 (GVBl S. 413), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift des Gesetzes erhält folgende Fassung:  
„Gesetz zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (AGTierNebG)“
2. Art. 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Abs. 1 Satz 1 wird „§ 4 Abs. 1 Satz 1 des Tierkörperbeseitigungsgesetzes (TierKBG) vom 2. September 1975 (BGBl I S. 2313)“ durch „§ 3 Abs. 1 Satz 1 des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (TierNebG) vom 25. Januar 2004 (BGBl I S. 82)“ ersetzt.
  - b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 1 werden die Worte „der Tierkörperbeseitigungsanstalten“ durch die Angabe „nach § 6 Abs. 1 TierNebG“ und die Worte „welcher Tierkörperbeseitigungsanstalt“ durch die Worte „welchem Betrieb (Verarbeitungsbetrieb, Verbrennungsanlage oder Mitverbrennungsanlage)“ ersetzt.
    - bb) In Satz 2 werden die Worte „der Tierkörperbeseitigungsanstalt“ durch die Worte „des Betriebs“ ersetzt.
    - cc) In Satz 3 werden die Worte „Tierkörper, Tierkörperteile und Erzeugnisse“ durch die Worte

„tierische Nebenprodukte der Kategorie 1 und 2 im Sinn der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Oktober 2002 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte (Abl EG Nr. L 273 S. 1)“ ersetzt, nach dem Wort „festsetzen“ das Semikolon durch einen Punkt ersetzt und der nachfolgende Satzteil gestrichen.

- c) In Abs. 3 wird das Wort „einer“ durch das Wort „einem“ und das Wort „Tierkörperbeseitigungsanstalt“ durch das Wort „Betrieb“ ersetzt.
3. Art. 2 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:  
„(1) Zuständige Behörden zum Vollzug des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes, der auf seiner Grundlage ergangenen Rechtsverordnungen und der in § 1 TierNebG aufgeführten unmittelbar geltenden Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft sind
    - das Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz als oberste Landesbehörde,
    - die Regierungen und
    - die Kreisverwaltungsbehörden.“
  - b) Abs. 2 erhält folgende Fassung:  
„(2) Das Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung im Einzelnen zu bestimmen, welche Behörden zuständig sind.“
  - c) Abs. 5 wird aufgehoben.
4. Art. 4 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 1 werden die Worte „Tierkörper, Tierkörperteile und Erzeugnisse“ durch die Worte „tierische Nebenprodukte“ ersetzt.
    - bb) Satz 2 erhält folgende Fassung:  
„<sup>2</sup> Deckt der Wert der Produkte trotz sparsamer und rationeller Betriebsführung sowie Ausschöpfung aller Einnahmemöglichkeiten den Aufwand für ihre Beseitigung nicht, sollen die Beseitigungspflichtigen von den Besitzern für die Beseitigung kostendeckende Gebühren auf Grund einer Gebührensatzung oder kostendeckende privatrechtliche Entgelte erheben; Inhaber von Betrieben, denen die Beseitigungs-

pflicht nach § 3 Abs. 2 TierNebG übertragen ist, können für die Beseitigung von den Besitzern ein privatrechtliches Entgelt verlangen.“

- cc) In Satz 3 werden die Worte „Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit“ durch die Worte „Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz“ ersetzt.

- b) Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) <sup>1</sup>Abweichend von Abs. 1 Satz 2 erheben die Beseitigungspflichtigen von den Besitzern von abholpflichtigem Vieh im Sinn des Tierseuchengesetzes Gebühren oder privatrechtliche Entgelte zur Deckung von 25 v. H. der Kosten für die Verarbeitung dieser Tiere bis zur endgültigen Beseitigung sowie von 100 v. H. der Kosten für die Ermittlung und Anforderung der Gebühren oder Entgelte. <sup>2</sup>Im Übrigen ersetzt die Tierseuchenkasse dem Beseitigungspflichtigen auf Antrag zwei Drittel des nicht gedeckten Aufwands ohne Berücksichtigung der nach Satz 1 erzielten Gebühren und Entgelte, der ihm in einem Geschäftsjahr nachweislich ausschließlich durch die Beseitigung dieser Tierkörper entstanden ist. <sup>3</sup>Der Ersatzanspruch mindert sich um die nach Satz 1 erzielten Gebühren und Entgelte, soweit diese zur Deckung von 25 v. H. der Kosten für die Beseitigung der Tiere erhoben worden sind. <sup>4</sup>Zur Prüfung von Ersatzansprüchen kann die Tierseuchenkasse die Geschäftsunterlagen der Antragsteller einsehen. <sup>5</sup>Der Staat erstattet der Tierseuchenkasse ein Drittel des nicht gedeckten, ausschließlich durch die Beseitigung dieser Tierkörper entstandenen Aufwandes der Beseitigungspflichtigen ohne Berücksichtigung der nach Satz 1 erzielten Gebühren und Entgelte.“

- c) Es wird folgender neuer Abs. 3 eingefügt:

„(3) <sup>1</sup>Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 gelten nicht für abholpflichtiges Vieh im Sinn des Tierseuchengesetzes, das

1. der gesetzlichen Testpflicht auf TSE oder BSE unterliegt oder
2. auf Grund einer anzeigepflichtigen Tierseuche verwendet oder getötet worden ist.

<sup>2</sup>In diesem Fall ersetzt die Tierseuchenkasse dem Beseitigungspflichtigen auf Antrag zwei Drittel des nicht gedeckten Aufwands, der ihm in einem Geschäftsjahr nachweislich ausschließlich durch die Beseitigung dieser Tierkörper entstanden ist. <sup>3</sup>Abs. 2 Satz 4 gilt entsprechend. <sup>4</sup>Der Staat erstattet der Tierseuchenkasse die Hälfte dieses Betrags.“

- d) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 4 und erhält folgende Fassung:

„(4) Für tierische Nebenprodukte, die aufgrund einer Bestimmung nach § 6 Abs. 2 TierNebG auch in Betrieben außerhalb des Einzugsbereichs behandelt, verarbeitet oder beseitigt werden dürfen, kön-

nen Vereinbarungen über die Kosten und Entgelte getroffen werden.“

5. Es wird folgender Art. 4a eingefügt:

„Art. 4a  
Übergangsvorschrift

<sup>1</sup>Die auf Grund des Art. 1 Abs. 2 Satz 1 und Art. 4 Abs. 1 in der bis zum 31. Dezember 2004 geltenden Fassung erlassenen Rechtsverordnungen und Gebührensatzungen oder Entgeltregelungen bleiben bis zu ihrer ausdrücklichen Aufhebung längstens bis zum Ablauf ihrer Geltungsdauer in Kraft. <sup>2</sup>Die in diesen Rechtsverordnungen bestimmten Einzugsbereiche gelten als Einzugsbereiche im Sinn von Art. 1 Abs. 2 und § 6 Abs. 1 TierNebG. <sup>3</sup>Die Gebührensatzungen und Entgeltregelungen gelten als solche nach Art. 4 Abs. 1 und § 11 TierNebG.“

**§ 2**

**Änderung des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes**

Art. 4 Abs. 1 Satz 3 des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes (BayRS 2129-1-1-UG), zuletzt geändert durch § 6 des Gesetzes vom 25. Mai 2003 (GVBl S. 335), wird aufgehoben.

**§ 3**

**Neufassung des Gesetzes zur Ausführung  
des Tierkörperbeseitigungsgesetzes**

Das Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz wird ermächtigt, den Wortlaut des Gesetzes zur Ausführung des Tierkörperbeseitigungsgesetzes in der vom In-Kraft-Treten dieses Gesetzes an geltenden Fassung neu bekannt zu machen.

**§ 4**

**In-Kraft-Treten**

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

Der Präsident

I. V.

**Barbara Stamm**

I. Vizepräsidentin